

Polizei und Bevölkerung - zur Einführung in diesen Band

Das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung ist seit jeher eines der am meisten diskutierten Probleme in demokratischen Gemeinwesen - vor allem, aber nicht nur, wenn es zu Auseinandersetzungen zwischen der durch die Polizei repräsentierten "Staatsmacht" und einzelnen, z.B. demonstrierenden Bevölkerungsgruppen kommt. Empirische Studien konnten aber auch zeigen, daß sich die Polizei in ihrem Alltagshandeln prinzipiell von der Bevölkerung verkannt fühlt und die Auffassung der Bürger von der polizeilichen Tätigkeit falsch (und zwar zu ihrem Nachteil) einschätzt. Die Bevölkerung hat - in allen Befragungen, zu allen Zeiten und an allen (auch kriminalitätsträchtigen) Orten ein relativ positives Bild von der Polizei - zumindest ein positiveres, als die meisten Polizeibeamten annehmen.

Explizit thematisiert wird dieses komplexe Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung dennoch relativ selten; für die Polizei ist der einzelne Bürger zu oft das anonyme "polizeiliche Gegenüber", und dem im Konflikt mit der Polizei stehenden Bürger fallen wiederum diverse Negativbezeichnungen für den einschreitenden Polizeibeamten ein. Entsprechend wurden immer wieder Versuche unternommen, das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung zu verbessern - vor allem, weil man sich davon eine effektivere Verbrechensbekämpfung versprach, und weniger, weil man die Polizei als wichtigen Bestandteil des demokratischen Gemeinwesens wieder mehr an die Bevölkerung heranführen wollte.

In den letzten Jahren wurden allerdings unter dem Oberbegriff der gemeinwesenorientierten Polizeiarbeit ("Community Policing") zunehmend Ansätze vor allem im Ausland diskutiert, die sich nicht nur vordergründig um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bevölkerung und Polizei bemühen, sondern tiefere Ansätze polizeilichen Alltagshandelns entwickeln wollen.

Diese Bemühungen sind insbesondere vor dem Hintergrund einer veränderten Betonung der Verbrechensverhütung im polizeilichen Selbstverständnis und Aufgabenspektrum zu sehen. Nicht mehr die direkte Kriminalprävention steht im Vordergrund, sondern das Interesse, Kriminalität als eines von vielen Problemen und Konfliktebereichen im Gemeinwesen zu sehen und polizeiliches Handeln entsprechend auszurichten und zu gewichten.

Im internationalen Vergleich ist dieser Trend in der Bundesrepublik Deutschland noch relativ gering ausgeprägt. Hier wird noch immer zu häufig das Bild des Polizeibeamten als Verbrechensbekämpfer ("Crime Fighter") gesehen und zu wenig der Idee einer neuen, bürger- und gemeinwesenorientierten Polizei gefolgt. Zwar bestehen auch hierzulande, insbesondere auf örtlicher Ebene beachtliche Ansätze, durch mehr Bürgernähe und gemeinwesenbezogene Maßnahmen die Verbrechensverhütung zu intensivieren. Der Erfolg polizeilichen Handelns wird aber immer noch vordergründig an Aufklärungsquoten festgemacht, obwohl außerhalb wie innerhalb der Polizei längst bekannt ist, daß diese Quoten zum einen manipulierbar und zum anderen de facto von der Polizei selbst kaum beeinflußbar sind, da der Eigenanteil polizeilicher Aufklärung bei weniger als 10% an allen aufgeklärten Straftaten liegt. Im Ausland, und hier vor allem in Nordamerika, aber auch in manchen europäischen Ländern, wurde demgegenüber schon vor längerer Zeit erkannt, daß nur eine Polizei, die optimal in das Gemeinwesen eingebunden ist, effektive Arbeit leisten kann und sich dieser Effektivitätsbegriff nicht (oder zumindest nicht vordergründig) an dem Anteil der aufgeklärten Straftaten festmachen läßt.

Als beim 10. Internationalen Kongreß für Kriminologie im September 1988 in Hamburg ein Arbeitskreis zum polizeilichen Alltagshandeln stattfand, wurde die Idee geboren, die von internationalen Experten gehaltenen Referate in deutscher Fassung einem größeren Kreis von Interessierten zugänglich zu machen. Dies geschieht mit dem vorliegenden Band, in den wir zusätzlich einige Arbeiten deutscher Autoren, die im Rahmen des genannten Workshops nicht zu Wort gekommen waren, mit aufgenommen haben.

Wir hoffen hiermit einerseits einen Beitrag zur Umsetzung wissenschaftlicher Forschung in die Praxis der Beziehungen zwischen Polizei und Bevölkerung und für die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu leisten, andererseits die Diskussion um die Rolle und Funktion der Polizei im Gemeinwesen und einer neuen "Polizeuthorie" für das Bundesgebiet bzw. für Deutschland insgesamt anzuregen.